

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

9.4.1931 (No. 82)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 253  
und 254  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. W. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern betrachtet. Bei Anzeigeneinstellung, Anzeigenerhebung, Anzeigenerstattung und Kontoführung fallen die üblichen Gebühren an. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralblatt für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amerikanisches Straßenwesen

Von Ministerialdirektor Dr. Fuchs

Wie seinerzeit gemeldet, sprach der Präsident der Badischen Wasser- und Straßenbaudirektion, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, im Mittelbadischen Architekten- und Ingenieurverein in Karlsruhe über die Eindrücke und Erfahrungen, die er aus der Teilnahme am vorjährigen internationalen Straßenkongress in Washington und der anschließenden Studienreise gewonnen hat.

An dem vorzüglich vorbereiteten Kongress nahmen 68 Nationen teil. Der Präsident der Vereinigten Staaten empfing sämtliche Teilnehmer, denen im übrigen von den Behörden, Handelskammern und Industrie jede mögliche Förderung zu Teil wurde.

Nach vor 30 Jahren bestand das ganze Landstraßenwesen der „Staaten“ nur aus Erdwegen, in der Obhut der Gemeinden und Kreise. Dann nahmen sich die einzelnen Bundesstaaten der wichtigsten Straßen an. Das genügte aber bei dem zunehmenden Autoverkehr auch nicht mehr. Der Bund selbst mußte später Einfluss auf das große Verkehrsnetz nehmen und dieses generell in den sogenannten „United States Highways“, den „Landstraßen I. Ordnung“, durch ein besonderes Amt festlegen. Das Eigentum dieser Landstraßen steht aber nach wie vor den einzelnen Bundesstaaten zu, die vom Bund eine Subvention bis zu 50 v. H. der Herstellungskosten und bis zu 15 000 Dollars auf eine Meile erhalten. Im ganzen gibt es heute 314 000 Meilen (1 amerikanische Meile = 1,6 Kilometer) Staatsstraßen, von denen 193 000 Meilen zu den United States Highways zählen. Die Beihilfen des Bundes betragen sich 1929 und 1930 auf je 75 000 000 Dollars, 1931 sind sogar 125 000 000 Dollars vorgesehen! Das Gesamtwesen hat 3 000 000 Meilen, davon sind neun Zehntel im Besitze der Kreise und Gemeinden.

Von den Staatsstraßen sind auch heute ein Drittel feste Erdwege, ein Drittel sind lediglich Kiesstraßen und nur das restliche Drittel hat feste Decken. Bei letzteren überwiegt die Betonstraße. Von den Bezirks- und Gemeindegewegen mit 2,7 Millionen Meilen sind immer noch fünf Sechstel Erdwege. Der Farmer muß häufig 10–15 Meilen auf diesen Feldwegen zurücklegen, ehe er auf eine geordnete Straße kommt.

Die Verbesserung der Wege geschieht etwa in folgender Weise: Der einfache, oft furchige Furchen aufweisende Feldweg erhält zunächst Seitenentwässerung und wird mit Maschinen eingeebnet. Die nächste Stufe besteht in der Aufbringung von Kies. Auch bei diesen Kieswegen werden die Furchen von Zeit zu Zeit mit Maschinen wieder verewnet. Den folgenden Grad stellt die Oberflächenbehandlung mit flüssigem, warm oder kalt aufgetragenen Öl oder Asphalt dar; dabei wird die Oberfläche durch Aufwalzen von Splint getaut. Für die großen Fernstraßen wird seit 12 Jahren zum Betou übergegangen. Deren Breite beträgt 6 Meter für 2 Spuren, 12 Meter für deren 4. Ein Quadratmeter Betonstraße kostet nur 8–10 RM, also weniger als in Deutschland, trotz höherer Löhne. Dies ist nicht nur deshalb möglich, weil Kies und Zement billiger sind, sondern auch weil große Strecken auf einmal hergestellt werden, unter ausgedehnter Verwendung von Maschinen. Eine solche Straßenbaulohnne benötigt nur ganz wenig Leute. Die Rentabilitätsfrage für die Betonstraße ist gegenüber deutschen Verhältnissen auch dadurch verschoben, daß der Zinsfuß für das investierte Kapital nicht halb so hoch ist wie bei uns.

Die großen Fortschritte im Straßenbauwesen verbannt Amerika auch der engen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft. Jeder Staat hat besondere Versuchslabors und Versuchsbaustraßen.

Der Ausbau der Straßen erfolgt nach großen Programmen, die aber so aufgestellt sind, daß sie auch jeweils durchgeführt werden können. Die Mittel werden zum Teil aufgebracht durch die gewöhnlichen Steuern, insbesondere Grundsteuern; die Verwendung von Steuermitteln wird damit begründet, daß die Straßen Handel, Industrie und Landwirtschaft zugute kommen. Für Ortsstraßen werden, ähnlich wie bei uns, Anliegerbeiträge erhoben. Weiterhin liefert für Straßenbau und -unterhaltung die Benutzungsgabe für Kraftwagen große Mittel, wiewohl auf den einzelnen Wagen weniger als bei uns zu zahlen ist. Diese Abgabe wechselt zwischen 13 und 50 Dollars im Jahr, je nach den einzelnen Staaten und der Größe und Beschaffenheit der Wagen. So brachten z. B. 26 Millionen Kraftwagen im Jahre 1929 annähernd 3 Milliarden Reichsmark allein an Kraftwagengebühren. Dazu kommt noch eine Gasolinsteuer mit 1–3 Pf., ausnahmsweise auch 5 Pf. auf einen Liter. Trotzdem reichen alle diese Mittel für den Ausbau der Straßen nicht aus. Im Jahre 1929 wurden über 1 Milliarde Reichsmark Anleihen von Staaten, Kreisen und Gemeinden für den Straßenbau aufgenommen. Das Publikum wird für diese Anleihe dadurch gewonnen, daß man ihm u. a. in den Prospekten die künftigen Straßenneue, die es finanzieren helfen soll, vor Augen führt. Im ganzen wurden 1929 rund 4 Milliarden Reichsmark für die Herstellung, Verbesserung und Unterhaltung der Staatsstraßen ausgegeben. Das entspricht 33,3 M auf den Kopf der Bevölkerung (gegenüber nur 4,8 M in Deutschland). In den großen überlandstraßen ist Amerika uns voraus, bei den untergeordneten Verkehrsweegen ist es umgekehrt.

Mit großem Interesse folgten die Zuhörer den gleich anschaulichen wie fesselnden Schilderungen des Vortragenden und waren ihm von Herzen dankbar für die Eindrücke, die er ihnen in die großzügige Meisterung des Fernstraßenproblems im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten bot.

Der Stapellauf des Panzerschiffes „Ersat Preussen“ findet am Dienstag, den 19. Mai, auf den Deutschen Werken Kiel AG, Kiel, statt.

### Letzte Nachrichten

#### Frankösishe Pläne

#### Begenaktion gegen das deutsch-österreichische Abkommen

WPA. Paris, 9. April. (Tel.) In der gesamten französischen Presse wird einer Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Außenminister Briand große Bedeutung beigemessen. Eingehendere Angaben als die übrigen Blätter macht „Echo de Paris“. Laval und Briand sollen, so wird ausgeführt, die jüngsten diplomatischen Ereignisse, namentlich die Flottenverhandlungen, das österreichisch-deutsche Abkommen und vor allem die Haltung erörtert haben, welche die französische Delegation in Genf in der Frage der österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft einzunehmen gedenkt.

Briand habe sichlich den ersten Gang dieser Partie verloren und wolle jetzt versuchen, den Verlust durch die Vorbereitung wirtschaftlicher Organisationspläne wieder einzubolen, die seiner Ansicht nach das deutsch-österreichische Abkommen zum Scheitern bringen oder wenigstens in seinen gefährlichen Folgen einschränken sollen. Namentlich würde geprüft werden, ob Frankreich den Agrarländern Mittel- und Osteuropas Vorkausfälle bewilligen könne, auch wenn deshalb mit dem System der Weisbegünstigungslaufel gebrochen werden müßte. Der Gedanke, einer engen österreichisch-deutschen Zollunion eine gleiche entgegenzustellen, an der Frankreich teilnehmen würde, sei ein Reibelgebilde, das einer näheren Prüfung nicht standhalte. Übrigens böten die 1928 ausgearbeiteten französischen Zolltarife Frankreich nicht mehr den nötigen Schutz. Anfangs kommender Woche würde die Zollpolitik Frankreichs sachlich endgültig festgelegt und amtlich bekanntgegeben werden.

#### Start des „Graf Zeppelin“ nach Ägypten

WPA. Friedrichshafen, 9. April. (Tel.) „Graf Zeppelin“ ist heute früh 6.08 Uhr zur Fahrt nach Ägypten gestartet. Die Führung hat Dr. Cäener, der am Dienstag von seiner Amerika-reise zurückkehrte. In Nord befinden sich 25 Passagiere, u. a. Graf v. Brandenstein-Zepelin, Kapitän E. Booth, der Führer des englischen Luftschiffes R. 100, der bekannte Journalist v. Wiegand und Oberst Gossage, Militärattache der englischen Botschaft in Berlin.

Die Fahrtroute führt bei entsprechender Wetterlage voraussichtlich die Rhône abwärts über Marseille, Korfika, Rom, Neapel und Alexandria. Am Samstag früh gegen 8 Uhr wird das Luftschiff in Kairo eintreffen. Nach Auswechslung der Passagiere wird „Graf Zeppelin“ sofort zu einer Rundfahrt über Ägypten und Palästina wieder aufsteigen, an der auch einige ägyptische Prinzen teilnehmen werden. Am Sonntag erfolgt von Kairo aus der Start zur Rückfahrt nach Friedrichshafen, wo das Luftschiff im Laufe des Montags wieder erwartet wird.

#### Ueber Südfrankreich

WPA. Paris, 9. April. (Tel.) „Graf Zeppelin“ überflog heute früh 9.25 Uhr (franz. Zeit) Wien in Südfrankreich, bei ausgezeichneter Wetter und leichtem Südwind. Um 9.50 Uhr wurde das Luftschiff in 500 Meter Höhe über Balence gestoppt. Das Luftschiff nahm dann Kurs auf Marseille. Das Wetter ist ruhig und die Sicht sehr gut.

#### Eine Note Polens an Rußland

WPA. Warschau, 9. April. (Tel.) Wie die offiziöse „Gazeta Polska“ erfährt, hat die polnische Regierung vor den Osterfeiertagen im sowjetrussischen Konsulatsquartier für Auheres durch ihre Moskauer Gesandtschaft eine Note übergeben, worin gegen die jüngsten polenfeindlichen Demonstrationen in der Sowjettraine protestiert wird.

85. Geburtstag des Eroberers der Lüderibucht. Im Alterheim des Marientestes in Braunschwieg feierte am Mittwoch der alte Afrikaner August Einwald seinen 85. Geburtstag. Einwald war es, der im November 1884 an der Santa-Lucia-Bucht in Südwestafrika die deutsche Flagge hießte und damit das Land für das Bremer Großhandelshaus Lüderich in Besitz nahm. Die „Lüderibucht“ wurde dann der Anfang zu Deutschsüdwestafrika. Einwald, der aus Heidelberg stammt, unternahm in den Jahren 1880 bis 1912 viele Reisen in Süd-afrika, die der praktischen Erforschung Südwestafrikas dienten. 1912 kehrte er nach Deutschland zurück und nahm seinen Wohnsitz in Braunschwieg. Seine Erfahrungen und Erlebnisse schildert er in seinem Buche „30 Jahre in Südwestafrika“.

Trauung im Hause Frankreich. In Palermo fand durch den Kardinal-Erzbischof Veittrano die Trauung des Grafen von Paris, Sohn des französischen Thronprätendenten aus dem Hause Bourbon-Orléans, mit der Prinzessin Isabelle von Orléans-Braganza statt.

Der rumänische Gesandte in London, Alulescu, ist in Ankara eingetroffen. Er erklärte Berichterstattern gegenüber, daß er die Unterstützung aller politischen Parteien erhalten, falls er vom König den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalte.

### \* Die Einladung nach England

Die britische Außenpolitik verdient sicherlich das eine Lob, nämlich, daß sie ehrlich bestrebt ist, den Völkern Frieden zu erhalten. Die Frage ist nur die, ob sie sich dabei immer der richtigen Mittel bedient, und ob sie die europäische Situation wirklich so betrachtet, wie sie betrachtet werden muß, wenn man den Frieden erhalten will.

Wie ist diese europäische Situation? Sie wird auch heute noch gekennzeichnet durch ein System der Ungerechtigkeit und der Gewalt, durch ein System, das die europäischen Staaten — mit Ausnahme der Neutralen — scharf in zwei Teile trennt, in die Gruppe der Siegermächte, die sich einer Reihe von Vorzugsrechten erfreuen dürfen, und die Gruppe der im Weltkrieg besiegten Mächte, die auch heute noch unter unerträglichen Lasten und törichtesten Vertragsbestimmungen seufzen. Wer eine Politik des Friedens treiben will, der muß vor allem darauf Bedacht nehmen, daß diese Lasten vermindert und diese Bestimmungen der Friedensverträge abgeändert werden! Die Wiederherstellung der Gleichberechtigung also sollte das oberste Ziel einer jeden britischen Außenpolitik sein, wenn diese Politik mehr bezweckt, als gelegentliche Söflichkeit und Vermittlungsaktionen.

Der englische Außenminister Henderson hat gestern in einer öffentlichen Rede erklärt, die für den Februar des nächsten Jahres geplante Abrüstungskonferenz werde den Zweck haben, die Nationen gegenseitig davon zu überzeugen, daß „der Krieg abgeschafft werden sollte, weil er die verderblichste und nutzloseste aller menschlichen Torheiten ist“. Das ist gewiß ein gutes Wort. Aber sein Wert wird schon durch den nächsten Satz aus der Rede wesentlich eingeschränkt. Denn dieser Satz besagt, die Abschaffung des Krieges könne nur durch eine Begrenzung der stehenden Heere, durch „ihre Herabsetzung auf das niedrigste mögliche Maß erreicht werden, das sich mit der nationalen Sicherheit vereinbaren läßt“. Nun, da Frankreich immer darauf hinweisen wird, daß seine nationale Sicherheit besonders bedroht sei, wird es immer verlangen, daß man ihm ein besonders starkes und großes Heer bewilligt. In der Praxis muß die Durchführung einer solchen Forderung hinauslaufen auf die Verewigung des jetzt bestehenden Machtverhältnisses, nach welchem Frankreich zehn militärische Triumphe in der Hand hat, und Deutschland nur einen.

Wir sind damit beim Kernpunkt der ganzen Angelegenheit angelangt. Wenn die britische Außenpolitik wirklich der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens dienen will, dann muß sie alles aufbieten, um Frankreich zu einer anderen Auffassung, zu einer Revision seiner bisherigen, ganz eindeutig auf Suprematie abzielenden Politik zu bewegen. Die Wege, die zu dem Friedensziel der englischen Außenpolitik führen, heißen: Revision des Youngplanes, Revision der unsinnigen Territorialbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, soweit sie sich auf den Osten und die Kolonien beziehen, und wahre Abrüstung auf der Grundlage der Gerechtigkeit oder Revision der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages, damit, wenn schon nicht abgerüstet wird, Deutschland dann wenigstens das gleiche Recht auf Bewaffnung erhält, wie die übrigen Großmächte.

Das alles würde natürlich eine vollkommene Änderung der französischen Politik in sich schließen. Und nicht auch der englischen? Ist es wirklich so, daß England mit vollem moralischem Recht den redlichen Vermittler spielen darf? Oder ist es nicht so, daß England selbst sich an dem Genuß eines Friedensvertrages interessiert fühlt, der je länger je mehr als eine brutale Ungeheuerlichkeit erkannt wird? Es war dieselbe Regierung Macdonald-Henderson, die im Haag einen Reparationsplan durchdrücken half, der Deutschland unerträgliche Lasten aufbürdet. Und es war dasselbe Kabinett, das bisher bei fast allen Gelegenheiten der französischen Politik zugestimmt oder zum mindesten keine ernstlichen Hindernisse bereitet hat.

Wir glauben deshalb auch nicht daran, daß der britische Außenminister die Absicht hat, mit seinen deutschen Gästen am 5. Juni die Möglichkeiten und Modalitäten einer vernünftigen Revisionspolitik zu besprechen. Schon allein der Umstand, daß die öffentliche Meinung Frankreichs die anfangs schon für Mai vorgesehene Einladung des deutschen Reichskanzlers und Außenministers mit allen Anzeichen des Unmutes und der Verärgerung kom-

mentierte, hat genügt, daß die britische Regierung den Termin der Einladung verlegt, und zwar auf ein Datum, das hinter dem Datum der Genfer Völkerbundratsstagung liegt. Es werden jetzt also erst die üblichen Besprechungen in Genf stattfinden — natürlich unter Sinzugziehung Briands —, und dann wird der deutsche Besuch in London stattfinden.

Der Gedanke ist wohl der, daß man in London oder Chequers Deutschlands Zustimmung zu gewissen Vorschlägen gewinnen will. Und zwar wird es sich darum handeln, daß Frankreich Deutschland gewisse wirtschaftliche und finanzielle Vorteile bietet, wogegen Deutschland dann in den Punkten der Abrüstung und der Disparitäten ganz bestimmte Bindungen auf sich nimmt. England ist vor allem im Hinblick auf Rußland an dieser Aktion interessiert. Die Sache ist die, daß im Juni dieses Jahres der deutsch-russische Vertrag abläuft, und daß die Westmächte eine Politik der Anlehnung Deutschlands an Rußland unter allen Umständen vermeiden möchten, ebenso wie sie vermeiden möchten, daß das Verhältnis Deutschlands zu Österreich, zu Ungarn, überhaupt zu Südosteuropa und zu Italien ein besonderes inniges wird. Es sieht sehr nach Söldlichkeit aus, was sich da in der Einladung nach London offenbart. Aber wir dürfen überzeugt sein, daß dahinter sehr wohl überlegte, politische Wünsche und Pläne stecken.

Daß die deutsche Regierung gleichwohl der Einladung gerne nachkommen wird, versteht sich von selbst. Es ist sicherlich gut, daß die deutschen Staatsmänner Gelegenheit bekommen, einmal in einem ganz vertraulichen und beherzten Gespräch den englischen Staatsmännern zu sagen, was denn nun eigentlich in Wahrheit geschehen müßte, wenn man die an und für sich sehr dankenswerte britische Politik zur Festigung des Friedens zum Siege führen wollte.

Wie eigentümlich zwiespältig die englische Politik ist, je nachdem man sie nun auf ihre Worte oder auf ihre Taten untersucht, zeigt ein Artikel des „Daily Herald“, also des der britischen Regierung nahestehenden Organs der Arbeiterpartei. In diesem Artikel werden die Bemerkungen der französischen Presse zu der Einladung Deutschlands nach London als „reichlich taktlos“ bezeichnet, und es wird gesagt, daß die Auffassung, Frankreich sei berechtigt, sich durch einen deutschen Besuch in London beleidigt zu fühlen, wirklich etwas stark sei, Paris nur Schaden könne und in England Verstimmung hervorgerufen müsse. Aber Tatsache ist doch, daß die britische Regierung sofort auf den Rärm in Paris hin den für Mai angelegten Besuch um einen Monat verschob!

**Beträchtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit.** Wie zu dem für heute zu erwartenden Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überläufig verlaute, ist ein beträchtlicher Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen. Wie es heißt, hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit dem letzten Bericht um 200 000 vermindert.

**Ministerwechsel in Schweden.** Der König hat, wie aus Belgrad gemeldet wird, die Demission des Kriegs- und Marineministers, General Gahrn, der zur Disposition gestellt wird, angenommen. Zu seinem Nachfolger wurde der Finanzminister, General Dragomir Stojanowitsch, ernannt.

Bei Marfelle wurde ein Arbeiterzug in einem Tunnel von einer allein fahrenden Lokomotive gerammt. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer und zehn andere leicht verletzt.

### Badischer Kunstverein Karlsruhe

Der Verein führt in seinem Bericht für das Jahr 1930 unter anderem aus: Die außerordentliche Dauer der Wirtschaftskrise und ihre immer stärkeren Auswirkungen mußten natürlich auch auf unsere Tätigkeit im Berichtsjahre entsprechend ungünstig einwirken. Der Rechnungsabluß weist daher auch einen Verlust von 2134,65 RM. auf, um den sich das Kapital verminderte. Auf der Tagung der deutschen Kunstvereine, die im Oktober in Speyer stattfand, wurde das Wort geprägt: „Die Kunst darf nicht sterben!“ Gerade die Ungunst der Zeit für Kunst und Künstler hat die Existenzberechtigung und die Unentbehrlichkeit der Kunstvereine einwandfrei erwiesen. Konnten auch in der Nachkriegszeit durch die Kunstvereine nicht mehr solche große Summen wie vor dem Kriege umgesetzt werden, die durch die Gesamtheit der deutschen Kunstvereine jährlich eine Höhe bis zu 1 1/2 Millionen erreichten, d. h. weit mehr, als staatliche und städtische Behörden für den gleichen Zweck ausgeben konnten, so ließen doch heute noch sehr ansehnliche Summen der Künstlererschaft durch Verkaufsbemittlung und durch eigene Veräußerungsanstöße der Kunstvereine zu, leider natürlich viel zu wenig, um der großen Not voll zu steuern. Es muß daher unser vornehmstes Bestreben sein, den Mitgliederstand, das Fundament unseres Vereins, der im Berichtsjahre eine starke Verminderung erfahren hat, durch eifrige Werbung von Mund zu Mund wieder in die Höhe zu bringen.

Durch die Ausstellung „Das Selbstbildnis des Künstlers“, die wir im Februar in unseren sämtlichen Räumen beherbergten, erfuhr der Besuch durch Nichtmitglieder eine ganz außergewöhnliche Steigerung. Die Ausstellung war entstanden aus einem Wettbewerb, den der badische Staat unter den badischen Künstlern ausgeschrieben hatte. Den Besuchern wurde durch den Verein Gelegenheit geboten, durch Abgabe eines Stimmzettels selbst das beste Bild zu bestimmen; diese Anregung fand viel Beifall und den aus der Abstimmung hervorgegangenen vier ersten Preisträgern konnten Geldgaben überreicht werden, die vom Verein und durch Spenden von Vereinsmitgliedern zu diesem Zweck gestiftet waren.

Von den 15 Ausstellungen, die veranstaltet wurden, seien folgende Gruppen und Einzelausstellungen erwähnt: „Verein kopierender Künstler Berlin“ (Kopien nach alten Meistern); „Frankfurter Künstlerbund“; „Künstlerkreis 1930“ München; „außerhalb Badens lebende badische Künstler (anlässlich des Bad. Heimattags im Sommer)“; „Selbstbildnisse badischer Künstler“; „Künstlerbund Karlsruhe (Studien und Skizzen)“; „Badischer Künstlerbund“; „Nachlass-Ausstellungen für Prof. A. Gyll, Hermann Baur und Karl Duffault“; „Kollektive Ausstellungen folgender Karlsruher Künstler: G. Haas, O. und Gehr. Hagemann, W. Henselmann, Er. Krause, W. Mar-

### Keine Reichstags-Einberufung Die Anträge der Opposition abgelehnt

Der Ministerrat des Reichs lehnte, wie bereits kurz gemeldet, am Mittwoch nach längerer Sitzung die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Reichstags zur Beratung der Notverordnung des Reichspräsidenten ab.

Für den sofortigen Zusammentritt des Reichstags traten nur die Vertreter der drei antragstellenden Fraktionen ein. Hinter diesen stehen jedoch nur 228 Mitglieder des Reichstags; dabei sind die drei dissentierenden Mitglieder des Landvolks bereits zur Opposition gerechnet. Ihnen stehen 849 Mitglieder der übrigen Parteien gegenüber. Der Antrag wurde also nicht, wie Präsident Ebert in der letzten Reichstags-Sitzung als Voraussetzung für eine vorzeitige Einberufung des Reichstags verlangte, von einer Mehrheit des Reichstags unterstützt. Von den Antragstellern wurde auch auf Artikel 24 der Reichsverfassung hingewiesen, der bestimmt, daß der Reichstag auf Verlangen eines Drittels seiner Mitglieder einberufen werden müsse. Die Mehrheit des Ministerrats war jedoch der Auffassung, daß diese Bestimmung nur für die Zeit zwischen zwei Sessionen, also nur für den Fall gelte, daß der Reichstag sich verlagert habe, ohne einen Termin für seinen Wiederzusammentritt festzusetzen.

Wenn auch das Reichstagsplenum zunächst nicht einberufen wird, so ist doch in absehbarer Zeit mit dem Zusammentritt verschiedener Ausschüsse des Reichstags zu rechnen. So soll der Auswärtige Ausschuss zur Beratung der durch die deutsch-österreichische Zollunion und die Abrüstungskonferenz aufgeworfenen außenpolitischen Fragen in absehbarer Zeit einberufen werden.

Der Reichsrat wird seine Arbeiten in der übernächsten Woche wieder aufnehmen. Die Ausschussberatungen des Reichsrats sollen am Mittwoch, den 22. April, beginnen. Die nächste Vollversammlung des Reichsrats ist für Donnerstag, den 30. April, anberaumt worden.

### Abstimmen der Kraftfahrzeugsteuer um 20 v. H. hinter den Vorschlag

Das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer ist mit 14,36 Mill. Reichsmark im Januar und etwa 12,9 Mill. Reichsmark im Februar erneut hinter dem der gleichen Zeit 1930 (Januar 15,08, Februar 13,72) zurückgeblieben. Bereits jetzt zeigt sich, daß der Vorschlag des Reichsfinanzministeriums von 230 Mill. Reichsmark für das Finanzjahr 1930/31 bei weitem nicht erreicht werden wird. Da das Ergebnis von 11 Monaten (April 1930 bis Februar 1931) mit 190,80 Mill. Reichsmark sogar noch um etwa eine Million hinter dem entsprechenden Zeit des Vorjahres zurückbleibt, dürfte nicht mehr als das damals erzielte Aufkommen von 209,48 Mill. Reichsmark erreicht werden. Sicherlich kommt in diesen Ziffern die Depression der Wirtschaft zum Ausdruck.

**Deutsche Note an die litauische Regierung.** Die litauische Regierung hat in letzter Zeit 5 Reichsdeutsche aus dem litauischen Staatsgebiet ausgewiesen. Diese Ausweisungen waren nach Auffassung der deutschen Regierung gemäß Schutzprotokoll zu Artikel 1 des deutsch-litauischen Handels- und Schiffahrtsvertrages unzulässig. Nachdem die litauische Regierung es abgelehnt hat, die Ausweisungen zurückzunehmen, hat der deutsche Gesandtschaftsrat in Kowno eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung die Ausweisungsfälle dem in Artikel 33 des deutsch-litauischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vorgesehenen Schiedsgericht unterbreiten werde.

**Aus Österreich ausgewiesen.** Der 60jährige reichsdeutsche Hauptmann a. D. Ludwig v. Wallis aus Wiesel a. Rh. wurde für immer aus Österreich ausgewiesen. Seinerzeit war von Wallis unter der Beschuldigung festgenommen worden, Nationalsozialisten, die wegen Fälschung von zwei Reichsbannerleuten in der Hufelandstraße in Berlin über die österreichische Grenze geschleift waren, Vorjubel geleistet zu haben.

tin, Prof. E. Württemberg; Kollektiv-Ausstellungen auswärtiger Künstler: Ost. und Céc. Graf, München, Mor. Mejer, Berlin, Prof. Rud. Sied, Wien, C. Felsmüller, Klotzke, Alfr. Oppenheim, Frankfurt, Mar. Pfeiffer-Ilrpsch, Berlin, Prof. Eberh. Ege, Stuttgart, und eine Nachlass-Ausstellung für Prof. W. Hengeler. Eine Majorell- und eine Modin-Ausstellung fanden viel Beachtung.

Die alljährliche Verlosung fand am 19. Dezember statt. Als erfreulich darf bezeichnet werden, daß sich die Anzahl, wie auch die Erlöse Summe der durch unsere Vermittlung getätigten Verkäufe an Private gegen das Vorjahr, wenn auch nur unwesentlich, doch etwas erhöht hat. Zwei Beiträge, die sich beide großen Interesses erfreuten, fanden statt: Im März ein Lichtbildvortrag von Kurt Hiescher, Berlin, über eine Reise „Von Dalmatien nach Süd-Mazedonien“ und im Dezember ein Vortrag über das Thema „Künstler und Kritiker“ von Dr. Rob. Volz, Berlin. Dieser Vortrag war veranstaltet gemeinsam mit dem Verein bildender Künstler, Karlsruhe.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresabschluss 1934, die Zahl der Besucher mit Tageskarten (Nichtmitglieder) im Jahre 1930: 5975, die Zahl der ausgestellten Kunstwerke: Karlsruhe: 1277, Graph.: 306, Plast.: 90 = 1673 Werke; auswärtige Künstler: 1096, Graph.: 296, Plast.: 130 = 1522 Werke, zusammen 8195 ausgestellte Werke. 213 Verkäufe im Betrage von 19 685 RM. wurden vermittelt (1929: 230 im Betrage von 28 616 RM.).

**Hilfsexpedition für Prof. Wegener.** Der Gouverneur von Grönland, Daugaard Jenzen, erklärte der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ gegenüber, daß angeblich von der westgrönländischen Station Amarnut eine Hilfsexpedition vorbereitet wird, die Nachforschungen nach dem deutschen Gelehrten Professor Wegener anstellen wird. Die Expedition wird, sobald das Wetter milder geworden ist, aufbrechen.

**Die Société Internationale de Chirurgie hat den 1920 erklärten Anschluß Deutschlands, Österreichs und Ungarns in aller Form mit dem Ausbruch des Bedauerns zurückgenommen. Damit ist der Anschluß Deutschlands an die Internationale Gesellschaft für Chirurgie wiederhergestellt.**

**Londoner Erstaufführung des Lustspiels „Im weißen Rössl“.** Das deutsche Lustspiel „Im weißen Rössl“ wurde am Mittwoch in London, in genauer Wiedergabe der von Charrell inszenierten Berliner Aufführung zum ersten Male aufgeführt. Das Publikum nahm das Lustspiel mit stürmischem Beifall auf. Die Londoner Morgenpresse stellt die Aufführung als Tagesereignis für die Londoner Theaterwelt dar. — So sagt „News Chronicle“, daß es auf einer Londoner Bühne niemals eine so vollkommene Vorleistung gegeben habe. „Daily Express“ schreibt, daß das „Weiße Rössl“ monatlang Tagesgespräch von London sein werde, während „Morning Post“ von „dem Erfolg des Jahresberichts“ spricht.

### „Der Sterbende Bürger“

Unter der Überschrift „Der Sterbende Bürger“ — ein Wort zum Steuervereinhilfungsgebot — bringt der „Bad. Beobachter“ einen sehr guten Artikel von H. Korherr:

Der Materialismus der Zeit hat zum Groß- und Niesensbetrieb mit seinen bestillosen Arbeiterheeren geführt, zur Konzentration der Wirtschaftskräfte in immer weniger Händen und an immer weniger Orten. Der Mittelstand wird zwischen Niesensbetrieben und Industriearbeiterheeren zerrieben, und mit ihm das Bürgertum als solches. Wenn auch das Bürgertum heute nicht mehr in demselben Tempo zurückgeht wie um die Jahrhundertwende, so ist doch seine Beschränkung auf die unrentabelsten Gebiete immer deutlicher. Allerdings muß man dabei von gewissen größeren Gewerbebetrieben absehen, die sich für Großbetrieb nicht so eignen wie für das Handwerk, aber dabei größtenteils nicht mehr Handwerk sind, sondern Kleinindustrie (in der Kleinfabrik).

Im allgemeinen ist eine Verarmung und Proletarisierung des Mittelstandes, des Bürgertums unvermeidbar. „Begüterte“ Bauern haben heute größtenteils eine länglichere Lebenshaltung als der Industriearbeiter, und der selbständige Gewerbebetriebe in großen und ganzen kaum eine bessere. Daher auch die politische Zersplitterung des Bürgertums, daher seine „Sozialisierung“ und Radikalisierung. Diese Proletarisierung und damit Radikalisierung des Bürgertums wird durch die Gesetzgebung noch gefördert. Die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches ist seit der Revolution ein dauernder Verstoß gegen jenen Artikel 164 der Reichsverfassung, der den selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesetzgebung und Verwaltung gefördert und gegen Überlastung und Aufsaugung geschützt wissen will. Man zielt immer deutlicher darauf ab, die Proletarisierung der Massen und die ungehinderte Ansammlung und Vertiefung der ungebundenen Niesensvermögen (unter dem Stichwort des „sozialen Verständnisses“ nach unten und der „Kapitalbildung“ nach oben) mehr und mehr zu verwirklichen, indem man den allergeringsten und anbedeutendsten den Groß- und Niesensbetrieben und besonders den flutierenden Niesensvermögen eine Steuer nach der anderen von den Schultern nimmt, während Lasten über Lasten dem festen Besitz in Landwirtschaft und Gewerbe aufgebürdet werden. Immer mehr ist es — nicht nur in Deutschland — der feste Besitz, insbesondere das bodenständige, personengebundene, nicht kapitalisierte Gewerbe, das von der Steuererhebung am meisten getroffen wird. Das Bürgertum und besonders der gewerbliche Mittelstand trägt die Last und bricht schließlich darunter zusammen, ohne daß ihm Hilfe wird, denn es hat nicht die Macht und die zielgerechte Geschlossenheit, um Einfluß auf die Steuererhebung zu gewinnen. So diffundiert das Großkapital und das von ihm abhängige Proletariat die Gesetze des Reiches.

Im deutschen Süden (und auch einigen norddeutschen Gebieten, wie zum Beispiel Oldenburg) ist noch immer der Mittelstand die führende Schicht des Staates. Der Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen unter den Berufszugehörigen ist in Bayern (46,9 Prozent), Württemberg (47,4 Prozent) und Baden (42,0 Prozent), viel höher als im ganzen Reich (32,8 Prozent) oder Sachsen (24,1 Prozent) oder Berlin (19,7 Prozent). An Arbeitern hingegen zählt die Rheinprovinz zum Beispiel um fast 1 Million mehr als Bayern, obwohl sie weniger Einwohner zählt als Bayern. Die proletarischen Gebiete sind zugleich auch die reichsten des Reiches, d. h. der entworfenen Masse stehen die Macht der Niesensbetriebe und Konzerne und die Niesensvermögen der Industrieunternehmen gegenüber. Darum sind diese Gebiete auch die politisch unruhigsten. Darum ist andererseits der deutsche Süden mit seiner weitgehenden sozialen Ausgeschlossenheit während der trüben Nachkriegszeit (trotz aller Umtriebe von Nichtsüddeutschen oder Nichtdeutschen) der Sort der staatsbejahenden deutschen Kräfte gewesen, darum hat der deutsche Süden noch heute eine klare christlich-vaterländische Politik, die dem Bauern und den städtischen Mittelstand gegen Proletarisierung und die Mächte des Geldes zu schützen beabsichtigt ist. Darum sind im deutschen Süden noch heute die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze nicht enttrent so groß wie im den mittelstandarmen Gebieten des Reiches.

Das Steuervereinhilfungsgebot ist ein Kind der (besonders im Rheinland und in Berlin fundierten) großkapitalistisch-sozialistischen Wahlverwandtschaft und gegen den Mittelstand, gegen das Bürgertum gerichtet. Es ist zwar unter der Devise „Senkung der Belastung der Mannufakturbetriebe“ während es die Lasten der Mittel- und Kleinbetriebe (mit Ausnahme der Kleinsten) gewaltig erhöhen wird.

Der badische Zentrumsgouverneur Dr. Föhr hat im Reichstags tag festgelegt, daß im deutschen Süden „das Handwerk, der gewerbliche Mittelstand, durch die neue Gesetzgebung (Steuervereinhilfungsgebot) ganz erheblich betroffen zu werden droht“. Besonders wandte er sich gegen die Ausschaltung der Befreiung des Gewerbetaxistat. Er sagte dazu: „Es liegt auf der Hand, daß bei der Befreiung des Gewerbetaxistat, natürlich die Großbetriebe viel stärker herangezogen werden als die kleinen und kleinsten handwerklichen Betriebe. ... Da künftig ... die gesamte Gewerbebesteuerung aus dem Gewerbeertrag erhoben wird, ergibt sich ohne weiteres, daß hier eine Lastenverschiebung gerade auf Kosten der kleinsten handwerklichen Betriebe, aber auch der mittleren Betriebe droht.“ Dr. Föhr machte auf die weitere Gefahr aufmerksam, daß dann, wenn der Gewerbeertrag ausschlaggebend ist und das Gewerbetaxistat nur hilfsweise herangezogen wird, natürlich die Möglichkeit gegeben ist, auf dem Wege über sogenannte Solidargemeinschaften den Ertrag zu beeinträchtigen und ihn so weit herunterzubringen, daß als Ertrag nur noch die sechsprozentige Verzinsung des Gewerbetaxistat übrigbleibt. Wenn ein höherer Ertrag vorhanden ist, kann er auf diesem Wege unter Umständen verschoben werden.“ Deutlicher kann man auf diese, selbstredend nur für Groß- und Niesensbetriebe geltende Möglichkeit nicht mehr eingehen.

Dr. Föhr konnte noch darauf hinweisen, daß im Württembergischen Landtag die Regierung über „das unerwünschte Ergebnis der Steuervereinhilfungsgebot für Württemberg“ gesprochen hat, und daß im Badischen Landtag sich alle Parteien gegen das Steuervereinhilfungsgebot in seiner heutigen Form gewandt haben. Er erklärte dazu: „Sie sehen daraus, die Nachprüfung des Steuervereinhilfungsgebotes ist keineswegs eine bayerische Frage, wie es manchmal hingestellt wird; sondern sie eine Frage, die das Reich angeht.“

**Zahlenmäßige Belege über die wirtschaftlichen Folgen des Steuervereinhilfungsgebotes** hat Regierungsrat Dr. Meißner in seinem ausgezeichneten Aufsatz im „Deutschen Süden“ gebracht. Danach ist als erwiesen anzusehen, daß nach dem Steuervereinhilfungsgebot die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe, z. B. in Bayern bis zu 80 Proz., mehr an Gewerbebesteuerung zu zahlen haben als bisher, ja, daß die Belastung selbst das Doppelte wie bisher ausmachen kann, wenn der Umlagenfaktor noch etwas höher wird. Die Niesensbetriebe hingegen (und die allerkleinsten Betriebe) werden ungeheuer (teils bis

zur Hälfte entlastet. Ähnlich, wenn auch nicht so schroff viel leicht, wird die neue Gewerbesteuer fernerhin auch in Württemberg und Baden wirken. Es wird also durch das Steuervereinheitsgesetz der Prozeß eingeleitet und beschleunigt, der die kleineren und mittleren Betriebe der Stadt und Gier der Eisenbetriebe preisgibt, der die Konzentration und Plutokratie einestheils und die Verarmung und Verarmung andernteils ins Unerträgliche anwachsen läßt.

Das sind die wirtschaftlichen Folgen des Steuervereinheitsgesetzes! Selbst derjenige süddeutsche Bürger, dem die politische Seite der Frage ganz gleichgültig ist: dem es gleichgültig ist, daß das Reich mit diesem Gesetz die Reichsreform durchbricht; dem es gleichgültig ist, ob Länder oder Reich die Steuerhoheit haben; dem es gleichgültig ist, daß, wie Schäfer so ernst betont hat, mit dem Steuervereinheitsgesetz die grundsätzliche Frage aufgerollt ist, ob das Reich ein Bundesstaat bleiben soll oder nicht; auch dieser süddeutsche Bürger wird sich den wirtschaftlichen Folgen des Steuervereinheitsgesetzes nicht entziehen können.

Das Steuervereinheitsgesetz geht auf Kosten des Bürgers und auf Kosten der mittelständischen süddeutschen Länder. Es bedeutet nicht nur einen Einbruch in die Steuerhoheit der Länder, sondern auch einen Einbruch in den Geldbeutel des süddeutschen Steuerzahlers.

### Kleine Chronik

Das Flugzeug, mit dem die Fluglinie Berlin-Rom eröffnet wurde, ist heute, Donnerstag früh um 8.30 Uhr, in Rom zum Rückflug nach Deutschland gestartet. An Bord befinden sich Ministerialdirigent Brandenburg vom Reichsverkehrsministerium und Direktor Bronschi von der Luftkassa. Reichsverkehrsminister v. Guericke wird mit der Bahn um 11.55 Uhr abreisen.

Auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin bemerkte heute, Donnerstag vormittag, ein Eisenbahnbeamter bei der Kontrolle des D-Zuges Butareff-Berlin unter einem D-Zug-Wagen einen Mann, der als ein rumänischer Soldat namens Michael Stanger festgestellt wurde. Er ist geborener Deutsch-Österreicher und ist nach dem Kriege rumänischer Staatsbürger geworden. Er wurde der politischen Polizei zugeführt.

Die in Klagenfurt erfolgte Verhaftung des Wiener Kunsthändlers Adolf Bauer, der im Verdacht steht, wertvolle Antiquitäten und Kunstschätze aus Klagenfurt und Kirchen auf unredliche Weise an sich gebracht zu haben, hat in Wien erhebliches Aufsehen erregt. Den letzten Anlaß zur Verhaftung gab, den Klagenfurt zufolge, der Diebstahl des ältesten Kirchenfensters Österreichs aus einer kleinen Kirche im Lavant-Tal in Kärnten. Bauer stand mit vielen großen Sammlern und Museen des Auslandes in Verbindung.

### Literarische Neuererscheinungen

Ludwig Meiners: Die wirkliche Wirtschaft. (289 Seiten mit 72 graphischen Darstellungen. München 1931. G. S. Bed. Geb. 4 RM., in Leinen 5,80 RM.). — Fragen wie diese: „Warum gehen die Geschäfte so schlecht?“, „Warum gibt es so viele Arbeitslose?“, „Woher kommt der Geburtenrückgang?“, „Wird die Welt stabil bleiben?“, drängen sich uns heute auf. Wir empfinden, wie wichtig sie sind, aber wer ahnt auch nur die Zusammenhänge und Tatsachen, die hinter ihnen stehen! Auf keinem anderen Gebiete herrschen bei den meisten so verworrene Vorstellungen. Diesen Mißstände will ein Buch von Ludwig Meiners begegnen, das soeben in der G. S. Beck'schen Verlagsbuchhandlung in München erschienen ist. In der Form eines Fragegesprächs zwischen einem Rationalökonom und einem Kaufmann werden in spannender und überzeugender Weise die wichtigsten Fragen des heutigen Wirtschaftslebens durchgesprochen. Jenem, der von jeder politischen Tendenz erfaßt der Leser einen klaren Einblick in die geheimnisvolle Welt der Wirtschaft, in ihre Hintergründe und Zusammenhänge, von denen zwar soviel gesprochen, aber so wenig wirklich geklärt wird. Ausgehend von einem geistigen Tatsachenmaterial führt das Buch mit den Methoden moderner Wissenschaft aus dem Nebel von Schlagworten und Parteimeinungen zu einer klaren Darstellung der wirklichen Wirtschaft. Zahlreiche Beispiele aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben und eine große Anzahl graphischer Darstellungen machen das Buch auch für den Laien verständlich. Auf mühsam zu lesende statistische Tabellen und verwickelte theoretische Definitionen wird völlig verzichtet. Das Buch bringt, was besonders zu rühmen ist, eine Fülle von interessanten, dem Laien unbekanntem Tatsachenmaterial aus allen Gebieten der Wirtschaft. So erfährt der Leser z. B., was den Sinn einer Golddeckung ausmacht, was die Voraussetzungen einer Konjunkturbelebung sind, wie die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen wäre usw. An dem Beispiel des Baumwollpreises wird ihm dargelegt, wie sich Preise bilden; an dem Beispiel des Kupferpreises, welche Gewalt die internationalen Großmächte der Wirtschaft ausüben; an dem Beispiel des Projekts der Mittelmeerauströschung, warum es in der Wirtschaft einen Biss geben muß. Der Leser erfährt, daß wir nach der Schweiz mehr exportieren als nach Afrika, daß Amerika von Europa fast ebensoviel ausleiht, wie Europa von Amerika, daß das Handwerk in Deutschland noch genau so stark ist, wie vor 35 Jahren usw. — Jeder, der mit dem wirtschaftlichen Leben irgendwie verbunden ist — und wer wäre das heute noch nicht! — sollte sich diese vollständige Rationalökonomie anschaffen. Inser Volk wäre glücklicher, und sein Wirtschaftsleben wäre gesünder, wenn dieses Buch von jedem Staatsbürger gelesen und beachtet würde!

Die Friesen. Herausgegeben von G. Rodding und H. Meißner. Mit 8 Tafeln, 1 farbigen Bild und 1 farbigen Karte. 1931. 206 und 8 Seiten. (Hermann Birk in Breslau). — Es wird das Leitmotiv jeder umfassenden Darstellung des Friesentums sein, wie ihr Schicksal, Kinder des Meeres und der Marsch zu sein, auch ihr Stammesgeschick wurde. Der langgestreckte Küstentrip von West- und Ostfriesland und hinüber über die Deutsche Bucht nach Nordfriesland war nicht der Raum, um ein festes Gemeinleben der drei Stämme zu ermöglichen. So verband sich die Entwicklung der einzelnen friesischen Stämme mehr und mehr mit der politischen und kulturellen Entwicklung des Hinterlandes, so wurden Ost- und Nordfriesen deutsche Küstendörfer. Gegenüber der Stammeskundlichen Darstellung nimmt daher die geschichtliche Erzählung einen schmalen Raum ein. Wie sollten sich auf Inseln und Marsch Ereignisse der großen Geschichte abspielen? Aber das unverdrängte Ringen mit dem Meer ist mehr als Geschichte, ist täglicher Einsatz, der Art und Sitten, Siedlung und Recht streng und doch auch wieder weiche Züge verleiht, Wesenszüge, die allen Friesen ähnlich gemeinsam sind, in Jahrtausenden geprägt, in Nebel und Einsamkeit und auf wilder See. Die Freunde, das zu sein, was sie stets waren, hat heute bei den Friesen neuen Auftrieb erfahren, die Heimatbewegung sucht die Kräfte von Sitten und Landschaft lebendig und für das große Ganze wirksam zu erhalten. Diesem Heimatgedanken dient auch das vorliegende Buch, für ihn wird es eine zuverlässige Unterlage sein, weil sich die besten Kenner des Friesentums zusammengedrängt haben, um in wissenschaftlicher Weise das Bild des Werdeganges und Wesens der Friesen allseitig zu zeichnen. Es ist ein Buch der Wissenschaft und der Heimat zugleich.

## Badischer Teil

### Notstandstaxi für Windbruchholz in Württemberg und Baden

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Der badische und württembergische Waldbesitz hat sich gegen Ende des vergangenen Jahres in verschiedenen Eingaben an die Reichsbahn mit der Bitte um Schaffung eines Notstandstaxi für Windbruchholz gewandt. Die Reichsbahn hat nun mit Wirkung vom 2. Februar 1931 für die Reichsbahndirektion Karlsruhe und mit Wirkung vom 26. März 1931 für die Reichsbahndirektion Stuttgart den Ausnahmetarif I ee genehmigt.

Er erstreckt sich auf alle an der Strecke Mannheim-Heidelberg-Schönau (b. Heidelberg)—Eberbach—Mosbach—Lauda—Bad Mergentheim und südlich davon gelegenen Bahnhöfen der genannten Reichsbahndirektionen, sowie einiger Nebenbahnen. Er gilt für Holz und Holzwaren in Abschnitt B III der Gütereinteilung des Reichsbahngütertarifs, und zwar für 1. Krügel, Rund- und Scheitholz, 2. Stamm-, Stangen-, Scheit-, Kloben-, Rollen-, Krügel- (Knüppel-) Holz, sämtlich bis 1,5 Meter lang. Die Sendungen müssen jedoch mit Landfuhrwerk oder Kleinbahn auf die Versandbahnhöfe gebracht werden. Vorausgehende Eisenbahnbeförderung ist nur von einem Lagerplatz oder Anschlußwert des Versandbahnhöfes zulässig. Die Fracht wird nach den Frachttarifen der Klassen G und G 10 des Reichsbahngütertarifs berechnet und ermäßigt sich dadurch um rund 25 Prozent.

### Die badischen Schweinebestände am 2. März 1931

Anlässlich der Schweinezählung vom 2. März d. J. wurden in Baden, nach Mitteilung des Badischen Statistischen Landesamts, insgesamt 515 785 Schweine festgestellt. Gegenüber der Dezemberzählung vorigen Jahres haben sich demnach die Bestände um 57 660 Stück oder 10,1 v. H. vermindert. Der Rückgang ist in erster Linie durch die zahlreichen Gauschlachtungen bedingt und in dieser Jahreszeit regelmäßig zu beobachten. Immerhin haben sich die Bestände in Baden stärker gelichtet als im Reichsdurchschnitt, wo die Abnahme nur 6,7 v. H. beträgt. Neben den Gauschlachtungen scheinen die augenblicklich niederen Schweinepreise in unserem Lande in erhöhtem Maße zu einer Einschränkung der Schweinehaltung geführt zu haben. Die Verminderung der Bestände im letzten Vierteljahr erstreckt sich hauptsächlich auf die Mastschweine, deren Zahl von 147 645 auf 88 416 Stück, somit um mehr als zwei Fünftel (40,1 v. H.) zurückgegangen ist. Darüber hinaus zeigt sich aber die Abnahme in geringerem Umfang auch bei den Jungschweinen und bei den männlichen und weiblichen Zuchtstieren im Alter von ½ bis noch nicht 1 Jahr. Dieser Rückgang wird allerdings aufgewogen durch eine leichte Zunahme der Zahl der Ferkel und der mehr als 1 Jahr alten Zuchtstiere und Zuchtstauen.

Bei einem Vergleich der heutigen Schweinebestände mit den Ergebnissen der Schweinezählung vor Jahresfrist fällt vor allem die starke Zunahme der Zahl der Ferkel und Jungschweine auf. Der gesamte Schweinebestand in Baden ist heute noch um 76 545 Stück oder 17,4 v. H. größer als bei der Zählung vom 1. März 1930. Die Zahl der Gauschlachtungen, die Schweine halten, ist im vergangenen Jahr von 147 216 auf 162 668 angewachsen.

### Aus den Parteien

Der diesjährige Landesparteitag der Deutschen Staatspartei in Baden findet am 6., 7. und 8. Juni in Überlingen statt. Die Landesparteileitung hat damit einem durch die überlinger Vertreter auf dem Parteitag in Karlsruhe ausgesprochenen Wunsch Rechnung getragen.

### Aus der badischen Industrie

Noch keine Einigung bei Schiele & Bruchsalter, Hornberg. Vor dem Schlichtungsausschuß Freiburg fanden am Samstag Verhandlungen wegen des Arbeiterausstandes bei der Firma Schiele & Bruchsalter, Industriewerke G. m. b. H., Hornberg, statt, die ergebnislos abgebrochen wurden. Die Verhandlungen scheiterten daran, daß die Arbeitnehmervertreter verlangten, daß sämtliche Kündigungen zurückgenommen würden.

Das staatliche Porphyryerz-Waldschutz, das seit etwa zehn Wochen stillliegt, nahm nach den Osterfeiertagen die Arbeit wieder auf.

### Tagungen

Der diesjährige Badische Sparratentag, die Hauptversammlung des Badischen Sparratens und Giroverbandes, dem sämtliche badischen öffentlichen Sparratens und eine Reihe von Städten, Gemeinden und Kreisen angeschlossen sind, findet am 8. und 9. Mai 1931 in Bittlingen statt. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit wird die Tagung einen rein geschäftsmäßigen Charakter tragen.

Tagungen der landwirtschaftlichen Genossenschafts-Organisationen. Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V. und die ihm angeschlossenen Organisationen halten ihre diesjährigen Tagungen am 15. und 16. Mai im Kongresssaal in Konstanz ab. Die Tagungen werden am Freitag, den 15. Mai, nachm. 4 Uhr mit dem Verbandstag des Verbandes landw. Genossenschaften in Baden e. V. eröffnet. Am halb 6 Uhr hält die Bad. Landwirtschaftsbank (Bauernbank) e. G. m. b. H. ihre Generalversammlung ab. Am Samstag, den 16. Mai, vorm. 9 Uhr findet die Generalversammlung der Bad. landw. Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. statt. Die Tagungen werden mit dem Verbandstag des Bad. Volkereverbandes e. V., der um halb 11 Uhr vormittags beginnt, geschlossen.

Tagung der mittleren Beamten Badens. Am Sonntag, den 8. Mai, vormittags halb 11 Uhr wird der Bund der geborenen mittleren Beamten Badens im Bürgeraal des Karlsruher Rathauses seinen 3. Bundesstag abhalten.

Der Bürgerausschuß Mühlhausen bei Wiesloch hat eine alte Forderung der Gemeinde, die bisher immer an der Geldfrage scheiterte, nun erfüllt. Es handelt sich um den Straßenbau Mühlhausen—Zairnbach. Die Durchführung des Projektes erfordert einen Arbeitsaufwand von 5700 Tagewerke, der Kostenanschlag beträgt 72 000 RM. Der Kreis Heidelberg wird einen Zuschuß von 25 000 RM. leisten, aus der produktiven Erwerbsloshilfe werden 17 000 RM. zugesprochen, außerdem gewährt die produktive Erwerbsloshilfe beiden Gemeinden ein Darlehen von 25 000 RM. — Das im Jahre 1903 erbaute Schulhaus erfordert einen Anbau, der mit etwa 70 000 RM. veranschlagt ist. Die Gemeinde hat in dem zur Finanzierung für das Schulhaus geschaffenen Fonds bereits 25 000 RM. angesammelt. Der Staat hat einen Zuschuß von 30 000 RM. zugesagt. Der Bürgerausschuß hatte danach nur einen direkten Aufwand von 20 000 RM. zu bewilligen, was auch einstimmig geschah.

## Gemeinderwerbsschau

Die Einnahmen der Mannheimer Verkehrsbetriebe sind an den beiden Osterfeiertagen infolge des schlechten Wetters erheblich hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben. Die Einnahmen der Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen betragen 93 403 RM., gegenüber 101 306 RM. im Vorjahr, die der Oberrheinischen Eisenbahn-Gesellschaft rund 26 000 Reichsmark, gegenüber 32 000 RM. im Vorjahr, und die der Rhein-Neckar-Bahn 8 040 RM., gegenüber 9 079 RM. im Vorjahr. Die drei Verkehrsbetriebe verzeichnen also eine Mindereinnahme von rund 15 000 RM. gegenüber dem Vorjahr.

Mannheims Wohnungsbau. In Mannheim wurden im Jahre 1930 insgesamt 285 überwiegend zu Wohnzwecken bestimmte Gebäude errichtet, gegenüber 411 im Vorjahr. Was in Mannheim fehlt, das sind kleinere billige Wohnungen, nach denen große Nachfrage besteht. Die Zahl dieser benötigten Wohnungen wird auf etwa 2000 geschätzt.

Sanierung des Verkehrsvereins Schwelmen. Die Generalversammlung des Schwelmer Verkehrsvereins hat den Sanierungsplan einstimmig genehmigt. Der Fortbestand des Verkehrsvereins, dessen Schulden rund 9000 RM. betragen, ist damit gesichert. Der Etat für 1931 ist in Einnahmen und Ausgaben abgeglichen. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt und wurde wiedergewählt. Wie der neue Geschäftsführer, Steuerwald, mitteilte, will man versuchen, Werbemaßnahmen mit Heidelberg Hand in Hand durchzuführen.

Umlageentung in Bruchsal. Die Stadtverwaltung Bruchsal hat die Ermächtigung der Umlagen beschlossen. Es kommt zur Erhebung vom Grundvermögen 115 (bisher 120) Pf., vom Betriebsvermögen 53 (57,8) Pf., vom Gewerbebeitrag 663 (720) Pf. — Die Firma Geschwister Knopf hat anlässlich des 50-jährigen Bestehens ihres Karlsruher Stammhauses für die Rolleisenden Bruchsal 500 RM. gespendet.

Die Elektrizitätswerke Gaggenau-Notensels und die daran angeschlossenen Ortsnetze Gaggenau-Notensels gingen am 1. April aus dem Besitz der Firma Theodor Bergmann in das Eigentum der Badischen Elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk) Karlsruhe über, während die Abteilung Installation und der Verkauf elektrischer Bedarfsartikel durch die Elektrozentrale Gaggenau, Inhaber Carl Roth, übernommen wird.

Ausdehnung der Freiburger Gasfernverorgung. Die Oberrheinische Gasfernverorgungs-AG. Freiburg i. Br. die das Gebiet zwischen Freiburg und Müllheim-Badenweiler mit Gas versorgt, beabsichtigt nunmehr auch ihr Netz nach Norden auszuweiten. Mit den Ortschäften Denzlingen, Gumbelringen und Böhrstetten sind Verhandlungen bereits aufgenommen.

Der Freiburger Voranschlag für 1931 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 29,5 Millionen Reichsmark ab. Der Voranschlag wurde vom Stadtrat genehmigt. Mit Wirkung vom 1. Mai wurde die Erhebung einer Gemeindegetränkesteuer beschlossen. Die Steuer beträgt 10 Prozent vom Kleinverkaufspreis.

Sparkasse Freiburg. Der Stand der reinen Spareinlagen bei der Sparkasse Freiburg belief sich am 1. April auf 32,4 Millionen Reichsmark. Im März wurden 2 Millionen Reichsmark eingezahlt und 1,3 Millionen Reichsmark abgehoben. Die Zahl der Sparbücher beträgt jetzt 46 371.

Die Freiburger Klinikneubauten. Nach dem derzeitigen Stand der Bauarbeiten und dem von der Bauleitung abgegebenen Zusicherungen kann damit gerechnet werden, daß die neue Medizinische Klinik einschließlich Betriebs- und Wirtschaftsgebäude und Nebengebäude voraussichtlich bis 15. Juli 1931 und die neue Chirurgische Klinik voraussichtlich bis 1. September 1931 bezugsfertig sein werden.

Vertretertagung der Landgemeinden des Kreises Freiburg. Die Vertreter des Verbandes badischer Gemeinden des Kreises Freiburg hielten kürzlich in Freiburg eine Versammlung über wichtige gemeindepolitische Fragen ab. Bürgermeister Menges (Bernsbach) erklärte in seinem Referat u. a., die kleinen Gemeinden Badens und namentlich die mit hohen Steuerlasten behafteten sind in einer geradezu trostlosen Lage. Sie seien überlastet mit Fürsorgekosten, Ausgaben für Wohlfahrtsvereine, Armen- und Krankenfürsorge und den Beiträgen für die Land- und Kreisstraßen. Dazu komme der starke Rückgang der Steuererträge. Es sei zu fordern, daß sich Reich und Staat in erheblichem Umfang an den Lasten der kleinen Gemeinden beteiligten. Ferner müsse das Straßengesetz zugunsten der Gemeinden abgeändert werden. Auch könnten die kleinen Gemeinden nicht länger den Fürsorgeaufwand der großen Städte mitaufbringen helfen. Notwendig sei schließlich eine Beschränkung der Zahl der Kreise auf vier. Die Bürgerausschüsse hätten sich bewährt und sollten bestehen bleiben.

Ausbau der Realschule in Triberg. Mit dem Beginn des April bzw. dem Beginn der Osterferien ist die bisherige staatliche Realschule in Triberg ihres bisherigen Charakters entkleidet und wird in eine private Realschule übergeführt. Die Privatschule soll auf einer neuerrichteten Schule aufgebaut werden, während bisher nur die Sechsklassenstufe zur Verfügung stand.

Der Billinger Voranschlag für 1931 wurde vom Stadtrat verabschiedet. Er sieht die Verdoppelung der Bürgersteuer (unter Wegfall der Feuerzuschlagabgabe), die verdoppelte Biersteuer sowie eine 5-proz. Getränkesteuer vor. Die Realsteuern sollen beim Grundvermögen um 4, beim Gewerbebetrieb um 8 Prozent gesenkt werden. Zur Deckung eines verbleibenden Defizits von etwa 123 000 RM. sollen verschiedene Fonds herangezogen werden. Die Endsumme des Voranschlags in Einnahmen und Ausgaben von 2 144 000 RM. ist um 123 000 RM. geringer als die des letztjährigen Voranschlags, infolge weitgehender Ausgabeersparungen.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	9. April		8. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.23	168.57	168.12	168.52
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.19	112.41
Italien 100 L.	21.97	22.01	21.965	22.05
London 1 Pf.	20.388	20.428	20.380	20.412
New-York 1 D.	4.1955	4.035	4.1945	4.2025
Paris 100 Fr.	16.404	16.444	16.403	16.443
Schweiz 100 Fr.	80.825	80.985	80.755	80.915
Wien 100 Schilling	58.675	59.105	58.975	59.095
Prag 100 Kr.	12.427	12.447	12.426	12.446

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. April 1931 hat sich in der verflochtenen Banke der Umlauf an Reichsbanknoten um 77,8 Millionen auf 4377,9 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 27,2 Millionen auf 412,0 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 2,2 Millionen auf 2509,2 Millionen Reichsmark vermindert. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 52,1 Prozent in der Vorwoche auf 53,5 Prozent, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen auf 57,3 Prozent.

Die Großhandelsbezüge für den Monat März ist mit 113,9 gegenüber dem im Februar mit 114,0 fast unverändert geblieben.

### Karlsruher Hafenverkehr im März

Der Wasserstand des Rheins hat im Monat März 1931 sehr geschwankt. Von 535 Zentimeter — am Pegel zu Mainz gemessen — am Anfang des Monats ist er bis zum 7. d. M. unter Schwankungen auf 664 Zentimeter, also nahe der Hochwasserlinie, gestiegen und bis zum Schlusse des Monats sodann unter Schwankungen auf 527 Zentimeter zurückgegangen. Bei der Großschiffahrt nach Karlsruhe waren im Monat März 1931 infolge des verhältnismäßig hohen Wasserstandes Schiffsleichterungen nicht erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Monat März 1931 83 Güterboote und Motorschiffe sowie 174 Schleppfähne angekommen und 87 Güterboote und Motorschiffe, sowie 157 Schleppfähne abgegangen. Der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinhafen war hiernach im Monat März 1931 beim Güterverkehr sowie bei dem ankommenden Frachtdienst ganz erheblich stärker als im Monat Februar 1931, während beim abgehenden Frachtdienst die Steigerung des Schiffsverkehrs verhältnismäßig gering war.

Auch der Güterverkehr war im März 1931 sowohl bei der Ankunft wie beim Abgang erfreulicherweise stärker als im Februar 1931; insgesamt betrug die Steigerung gegenüber dem Vormonat rund 20 000 Tonnen. Verglichen mit dem März 1930 ergibt sich eine Steigerung um rund 35 000 Tonnen.

Rheinische Gummi- u. Cellulosefabrik, Mannheim-Redaran. Die Gesellschaft, deren Aktienmehrheit im Oktober 1929 (Aktienkapital 4 Mill. RM. St.-A. und 6000 RM. B.-A.) in den Besitz der F. G. Farbenindustrie-A.G. nahebestehenden Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.G. in Köln übergegangen war, hat die gesamte Fabrikneueinrichtung des Werkes Rheinau an die Firma J. Adler jun., Frankfurt a. M. und die Eisen- und Metallhandels-Gesellschaft in Hannover zur Verfertigung verkauft. — Das Werk Rheinau ist übrigens seit langem stillgelegt. Das Hauptwerk Redaran bleibt nach wie vor bestehen.

### Aus der Landeshauptstadt

Einstellung des Zugverkehrs auf der Mainzer Schiffsbrücke. Wegen Beschädigung der Schiffsbrücke durch einen Dampfer mußte der gesamte Zugverkehr über den Rhein bei Mainz am Mittwochvormittag eingestellt werden. Die Personenzüge verkehren bis auf weiteres nur bis und ab Mainz bzw. Mainz-Milansau. Der gesamte Güterverkehr wird über Graben-Neudorf-Germersheim umgeleitet. Dauer der Sperre voraussichtlich mehrere Tage. Fußgängerverkehr über die Brücke wird aufrechterhalten. — Über den Unfall wird berichtet: Am Mittwochvormittag verfuhr der unter holländischer Flagge fahrende Dampfer „Dranje 3“, die geöffnete Rheinbrücke rückwärts zu passieren. Der Dampfer fuhr in ziemlich schneller Fahrt gegen das sogenannte Landjoch auf bayerischer Seite, das sehr stark beschädigt wurde. Die gesamte Brücke wurde bei dem Zusammenstoß schwer erschüttert. Schienenträger und Spindeln wurden stark verbogen, die Eisenbahnschienen hingen frei in der Luft. Das Boot wurde am Landjoch beschädigt. Der Fußgängerverkehr konnte gegen Mittag provisorisch aufgenommen werden. Auch der Verkehr für Lastkraftwagen wird für längere Zeit unterbrochen sein. — Von der Reichsbahndirektion wird uns mitgeteilt: Bis zur Wiederherstellung der Schiffsbrücke bei Mainz verkehren die Züge 50/51 über Graben-Neudorf-Germersheim-Landau, die Züge 219/220 fallen auf der Strecke Karlsruhe-Mainz-Landau aus. Die Reisen werden mit den Zügen D 75/119 bzw. D 220/76 über Graben-Neudorf-Germersheim befördert. Die Züge D 120/76 halten zu diesem Zweck in Graben-Neudorf.

Für die Deutschen in Südwest- und Ostafrika. Zur Unterstützung der deutschen Schulen, Kinderheime, Krankenhäuser und Wöchnerinnenheime in unseren alten Kolonien Südwest- und Ostafrika veranstaltet die koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe in dieser und nächster Woche eine Hausausstellung und am kommenden Samstag nachmittag und Sonntag eine Straßenausstellung in Karlsruhe. Es wird uns dazu geschrieben: Unsere Volksgenossen in Übersee führen den gleichen Kampf, ringen ebenfalls unter der Wirkung der Weltwirtschaftskrise um ihre Existenz. Zu ihrer wirtschaftlichen Rettung stellt sich noch die völkische Not. In fremder Umgebung führen sie den schweren Kampf um die Erhaltung ihres Deutschtums. Unter großen persönlichen Opfern ist es ihnen bis jetzt gelungen, ihren Kindern in deutschen Schulen eine deutsche

Erziehung zuteil werden zu lassen. Das Bestreben der Mandatsverwaltungen geht aber dahin, diese deutschen Schöpfungen zugrunde gehen zu lassen und so die deutschen Kinder in englischen Schulen unter angelsächsischen Einfluß zu bringen. Darum muß die Heimat helfen. Wertvolle Arbeit im Kampfe um die Pflege und Erhaltung deutschen Wesens in den deutschen Siedlungen wird auch unter dem Zeichen des roten Kreuzes geleistet. In tranken und schweren Tagen erlebt der deutsche Siedler und die deutsche Siedlersfrau ein Stück der Heimat, wenn sie auch draußen liebevolle Aufnahme in von deutschen Ärzten geleiteten und von deutschen Schwestern betreuten Krankenhäusern und Wöchnerinnenheimen finden. Wie die Schulen bedürfen auch diese Einrichtungen der Menschenliebe unserer besondern Fürsorge.

Colosseumtheater. Zu einem Kurzgaßspiel sind die beiden hier so beliebten Kölner Komiker Carl Schmitz und Joseph Weißweiler mit ihrem Ensemble eingetroffen. Es sind natürlich wieder Schwänke, die sie mitgebracht haben, und wenn der eine davon sogar „Die Kölner Filiale“ heißt, so weiß jeder, daß echter rheinischer Humor nicht fehlen wird. Das ist nun auch sehr däftig und wirklich unterwütlich der Fall, man vergißt darüber völlig die literarische Belanglosigkeit, die an sich eigentlich der von Curt Kraus und Max Keal stammende Dreierakter darstellt. Aber da ist eben vor allem Carl Schmitz, der sich die Figur des lebensmüden Helden Anton Müller als eine Bombenrolle zurechtgelegt hat; er braucht nicht einmal er zu reden, und schon erzwingt er donnerndes Lachen. Im bunten Durcheinander des lustigen Geschehens verliert aber auch alle übrigen Mitwirkenden, ihre Sonderart ins beste Licht zu rücken, ob es sich nun um männliche oder weibliche Spieler handelt. Neben Josef Weißweiler, der einen Beiratsmann mmt, erweisen sich in erster Linie noch Minni Erdmann (Trene) und Oly Sabat (Annenarie) sowie Othmar Bloß und Hans Thissen als bewährte Charaktere. Wenn das Publikum auch das nächste Stück „Der verhängnisvolle Krad“, dessen Premiere am 10. April stattfindet, mit der gleichen Beiterkeit begrüßt und aufnimmt wie dieses, werden sich die Kölner über die Theaterfreudigkeit der Karlsruher kaum zu beklagen haben.

Badisches Landestheater. In Carl Rudmayers „deutschem Märchen“, „Der Hauptmann von Köpenick“, das am Freitag, dem 10. April, vom Intendanten Dr. Waag inszeniert, zur hiesigen Erstaufführung kommt, ist das gesamte Herrenpersonal des Schauspielers in mehr als 60 Rollen beschäftigt, außerdem in wichtigen Aufgaben die Damen Ermarth, Genter, Janl, Rademacher, Seiling, u. a. — Die Titelfigur spielt Felix Baumbach. Die 17 Bühnenbilder erstellte Torsten Hedt, die kostümliche Ausstattung Margarete Schellenberg.

Café Odeon. Die neue Orchester-Kombination Dolezel-Haas-Mahagony gibt heute in ihrer Besetzung von 10 Herren ihr erstes großes Sonderkonzert. Morgen, Freitag, 20<sup>1/2</sup> Uhr, ist „Abend heiterer und moderner Musik“. Anschließend findet die erste Übertragung durch den Sinfoniestand. (Näheres siehe in der Anzeige der heutigen Ausgabe.)

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die neuerdings wiederhergestellte und gestrigte Hochdruckwetterlage stellt weiterhin für unser Gebiet heiteres und trockenes Wetter in Aussicht. Die Temperaturen werden tagsüber jetzt etwas stärker ansteigen. — Voraussage: Heiter, trocken und tagsüber wärmer bei schwachen östlichen Winden. In der Ebene nur noch stellenweise nachts leichter Bodenfrost.

Wasserstände: Waldshut 316 plus 4, Basel 120 minus 4, Schutterinsel 186 plus 3, Rehl 325 plus 1, Mainz 419 plus 3, Mannheim 435 minus 5, Caub über 300 Zentimeter.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 9. April. Die Unterschriftenausstellung für Pfarrer Eckert ist — wie mitgeteilt wird — abgeschlossen. In Mannheim und Umgebung wurden rund 36 000 Unterschriften gesammelt, in Karlsruhe und Umgebung etwa 28 000. Mit den noch ausstehenden Ergebnissen aus dem Oberland wird mit insgesamt 100 000 Unterschriften gerechnet.

D. Pforzheim, 9. April. Heute nach gegen halb 1 Uhr brach im „Gasthaus zum Löwen“ im benachbarten Elmendingen aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sich trotz dem energischen Eingreifen der hiesigen und umliegenden Feuerwehren so rasch verbreitete, daß das ganze, ziemlich ausgedehnte Gebäude bis auf den Grund niederbrannte.

D. Baden-Baden, 8. April. Erzbischof Dr. Carl Fritz ist heute mittag gegen 12 Uhr in Baden-Baden eingetroffen und wird im Kloster Lichtental einige Zeit Aufenthalt nehmen.

D. Meibach, 8. April. Hier starb im Alter von 81 Jahren Altbürgermeister und Ehrenbürger der Gemeinde Meibach Gustav Heilmann.

D. Freiburg, 8. April. Der zum Direktor der Handwerkskammer Freiburg auserwählte Syndikus Dr. Eckert ist nicht der Sohn des jetzigen Direktors Eckert. Er steht zu diesem überhaupt in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis.

D. Heilbronn, 9. April. Die Lohnunterschiede bei den Durchlichtarbeiten am Neckarkanal sind auf einer Basis von 10,5 Prozent Lohnkürzung beigelegt worden. Die Belegschaft von rund 270 Mann hat vollgütig die Arbeit wieder aufgenommen.

### Staatsanzeiger

#### Erste juristische Prüfung im Frühjahr 1931

Auf Grund der im Frühjahr 1931 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Baur Konrad aus Konstanz, Böhler Franz aus St. Blasien, Böhler Erwin aus Tiefenbrunn, Burk Arthur aus Pforzheim, Decker Karl Ludwig aus Tauberbischofsheim, Denner Georg aus Heidelberg, Diez Theodor aus Adolfszell, Dittes Friedrich aus Mannheim, Dornes Karl aus Michelbach, Eberle Max aus Mannheim, Eisele Hans aus Freiburg, Eisenlohr Wolfgang aus Offenburg, Ellinger Werner aus Heidelberg, Ernst Waldemar aus Mannheim, Förberer Leo aus Mannheim, Franz Erwin aus Karlsruhe, Freitag Werner aus Pforzheim, Freiherr von Gemmingen-Gornberg Sigmund aus Stuttgart, Glag Alfons aus Kappel, Gläster Helmut aus Borms, Gagnauer Georg aus Sinsheim, Geismann Wilhelm aus Freudenberg, Gieger Erwin aus Freiburg, Kramer Otto aus Konstanz, Kraus Erwin aus Adolfszell, Lehmann Kurt Heinz aus Bühl, Leucht Karl aus Baden, Liebholt Trude aus Mannheim, Losacker Ludwig aus Mannheim, Meiser Walter aus Karlsruhe, Müller Karl aus Konstanz, Müller Wolfgang aus Charlottenburg, Ruffnus Ernst aus Konstanz, Rothelber Hans aus Lahr, Richter Kurt aus Konstanz, Rübiger Ludwig aus Mannheim, Rudmann Erich aus Pforzheim, Dr. Sattler Ernst aus Freiburg, Schäfer Walter aus Konstanz, Tobler Maxim aus Breslau, Trautwein Hans aus Pforzheim, Nebel Johann aus Darmstadt, Ulmer Kurt aus Heidelberg, Unkötter Otto aus Stuttgart, Wolff Grete aus Mannheim, Wolfhard Friedrich aus Dürren.

Karlsruhe, den 1. April 1931.

Der Justizminister:  
J. S. Dr. Schmidt.

#### Fortstliche Staatsprüfung 1931.

Die nächste fortstliche Staatsprüfung beginnt am Dienstag, den 26. Mai 1931.

Anmeldungen bis spätestens 5. Mai d. J. an die Fortst-Abteilung.

Die schriftlichen Arbeiten sind, soweit noch nicht eingereicht, ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt vorzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Bestehen der Staatsprüfung keinerlei Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst gewährt.

Karlsruhe, den 7. April 1931.

Ministerium der Finanzen.  
Fortst-Abteilung.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums  
Wasser- und Straßenbaudirektion

Verstet:

Bermessungsrat Christoph Stolz in Rastatt zur Wasser- und Straßenbaudirektion nach Karlsruhe, Bauoberinspektor Karl Dauth beim Kulturbauamt Heidelberg zum Wasser- und Straßenbauamt Konstanz.

Verstet:

Straßenwärter Gottlieb Hartmann in Gondelsheim am 27. März 1931, Bermessungsrat Wilhelm Ebner in Bühl am 31. März 1931.

**Café Odeon**  
**Dolezel-Haas-Mahagony**  
10 Solisten, 40 Instrumente, 2 Flügel  
Heute abend: **Erstes großes Sonder-Konzert**  
Leitung: Franz Dolezel  
Morgen Freitag 20<sup>1/2</sup> Uhr: **Abend heiterer und moderner Musik**  
Leitung: Franz Dolezel und Karl Haas  
Anschließend: **Erste Südfunk-Übertragung**  
der durch die Solisten des Haus-Orchesters verstärkten Kapelle Haas-Mahagony aus dem Lokal  
L.115

**Einladung!**  
Auf Grund des § 24 Abs. 2 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion VII der Großhandels- und Lagererwerbungsvereinschaft, Mannheim, zu der am Dienstag, den 5. Mai 1931, mittags 12<sup>1/2</sup> Uhr, in Bad-Dürkheim (Bfals), Carl-Hotel, stattfindenden  
**45. ordentlichen Sektionsversammlung**  
 ergebenst eingeladen. R.114  
Zugehörigkeit:  
1. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung für 1930.  
2. Aufstellung des Voranschlags für 1932.  
3. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1932.  
4. Etwa noch eingehende Anträge, bzw. sonstige Sektionsangelegenheiten.  
Mannheim, den 11. April 1931.  
Der Vorstand  
der Großhandels- und Lagererwerbungsvereinschaft, Sektion VII, Mannheim.  
Helmuth, Vorsitzender.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 10. April 1931  
\* F 21 (Freitagmiete)  
Tg.-Gem. 1001—1100  
und 1251—1300  
Zum erstenmal  
**Der Hauptmann von Köpenick**  
Ein deutsches Märchen von  
Rudmayer  
Regie: Dr. Waag  
Mitwirkende:  
Ermarth, Genter, Janl,  
Rademacher, Seiling, Gufe,  
Gebeisen, Müllich, Sauer,  
Baumbach, Brand, Dahlen,  
Graf, J. Gröhinger, Herz,  
Hietl, Gädler, Gaspach, Just,  
D. Kienstorf, S. Kienstorf,  
Kloebie, Kuhne, Ruther,  
Rehner, Müller, Prüter,  
Schulze, v. d. Trenck, Aras,  
Eich, Grimm, Gölger, Kilian,  
Kleinbusch, Lindemann, Lu-  
ger, Meyer, Nagel, Reidingner,  
Rivinius, Seibert, Schmitt,  
S. Müller, Riniker

**Staats- und Gemeindebehörden**  
sind unsere Abonnenten.  
Wollen Sie diese auf Ihre  
Firma aufmerksam ma-  
chen, so inserieren Sie  
in dem offiziellen Organ  
der bad. Regierung der  
**Karlsruher Zeitung**  
Badischer Staatsanzeiger

**Gemeinnützige Eisenbahner-Baugenossenschaft e. G. m. b. H.**  
Karlsruhe  
**Bilanz vom 31. Dezember 1930**

Vermögen	RM	Schulden	RM
Gebäudekonto	1 318 930,-	Geschäftsguthaben	80 481,81
Neubaukonto	579 975,49	Geschl. Rücklage	40 662,28
Geschäftsverrichtung	500,-	Hilfsrücklage	10 000,-
Straßenkosten	3 116,74	Erneuerungsrücklagen	55 567,12
Beitragung	25,-	Hypothekenschulden	1 645 439,48
Kass., Kofsch., Sparkasse	14 897,81	Baudarlehen von Mitglied.	45 532,23
Rasse	908,31	Spareinlagen	27 066,84
Rückstände	15 454,24	Anteile ausg. Mitglieder	640,66
		Rückstände	15 248,84
		Reingewinn	13 168,25
	<b>1 933 807,59</b>		<b>1 933 807,59</b>

**Mitgliederbewegung**  
Stand am 1. Januar 1930 . . . . . 435  
Zugang 1930 . . . . . 34  
Abgang . . . . . 469  
Stand am 31. Dezember 1930 . . . . . 457  
Die Geschäftsguthaben haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um 6 295,18 RM vermehrt; die Passivsumme hat sich um 4 400,- RM vermehrt und beläuft sich auf 91 400,- RM.  
Die Genossen werden zu der am 18. April 1931, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Saale der Volkshalle, Augartenstr. 29, stattfindenden XI. ordentlichen Hauptversammlung eingeladen. Ausweis Mitgliedsbuch.  
Anträge zu derselben sind bis spätestens 14. April 1931 auf unserem Geschäfts-zimmer, Klappergasse 37, einzureichen.  
Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:  
gez. Schille, Vogt, D. Freischer, Raier. gez. Menges, Bärtle

Druck G. Braun, Karlsruhe.